

Meinung

Wahlkampf

Die Zerstörung der CDU

CHRISTINE DANKBAR

Die gute Laune, die der Wahlkampfauftakt der Union am Sonnabend produzierten sollte, hat nicht mal 24 Stunden gehalten. Die neuesten Umfragewerte, die dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU am Sonntag entgegenschlugen, sind erschütternd für sie: Die SPD hat zur Union aufgeschlossen. Damit tritt nun das ein, was im Frühling noch keiner für möglich gehalten hat: Das Rennen ums Kanzleramt wird wohl zwischen Armin Laschet und Olaf Scholz entschieden. Die Grünen sind auf Platz drei abgerutscht. Dass das an diesem Wochenende nur eine Randnotiz ist, wird deren Wahlkämpfer nicht in bessere Laune versetzen.

Und weil ein Unglück auch für die CDU nicht allein kommt, hat sich am Wochenende auch noch der YouTuber Rezo eingeschaltet und ein halbstündiges Video hochgeladen, in dem er sich mit Inkompotenz, Lügen und PR-Fails der Politik befasst. Wieder ist es die CDU, die er besonders ins Visier nimmt. Zwar sind die dargelegten Fettäpfchen und Fehler allesamt bekannt – misslich ist für die Union aber Rezos Reichweite. Schon am ersten Tag, an dem das Video online war, wurde es von fast 800.000 Usern gesehen. Und Rezo kündigte für die nächsten Tage gleich noch ein weiteres an.

Man braucht wohl keine prophetische Gabe, um vorherzusagen, dass die fünf Wochen spannend werden. Vielleicht wird es jetzt auch noch mal richtig schmutzig, denn zumindest bei der Union macht sich allmählich Panik breit. Die Erkenntnis, dass man womöglich auf den falschen Spitzenmann gesetzt hat, dämmert vielen zu einem Zeitpunkt, an dem es längst zu spät ist, das zu korrigieren. Laschet bleibt Kanzlerkandidat bis zum bitteren Ende. Das ist auch Markus Söder klar, der ihm am Samstag noch mal seine Unterstützung versichert hat. Allerdings hat er es ähnlich gemacht wie die Kanzlerin: Freudlich, aber keineswegs begeistert steht man zu Armin Laschet. In der jetzigen Situation ist das

Klar ist jedenfalls, dass Laschet allein den Bundestagswahlkampf nicht erfolgreich beenden kann. Ihm fehlt schlicht das Charisma dafür.

nicht viel besser als offene Feindschaft. Wenn aus der Unionsführung auch nur leise Zweifel an der Personalauswahl hängen bleiben, wie kann man da an der Basis Begeisterung erwarten?

Will die Union das Ruder noch einmal herumreissen, dann müssten sich jetzt alle in einen leidenschaftlichen Wahlkampf für den Mann aus Nordrhein-Westfalen werfen. Das aber ist nicht in Sicht. Laschet selbst hat an seinem Kampfeswillen am Wochenende keinen Zweifel gelassen. Aber für ihn geht es ja auch um alles. Wenn er eine Niederlage einfährt, und sei es auch nur eine knappe, dann wird sofort die Diskussion um den Parteivorsitz wieder losgehen. Womöglich nutzt Friedrich Merz ja dann seine dritte Chance?

Klar ist jedenfalls, dass Laschet allein den Bundestagswahlkampf nicht erfolgreich beenden kann. Ihm fehlt schlicht das Charisma dafür. Er ist aber auch in seinen inhaltlichen Aussagen so vage, dass es selbst wohlmeinenden Beobachtern schwer fällt, sich ein Bild davon zu machen, wie eine Regierung Laschet aussehen könnte. Man wird den Verdacht nicht los, dass der Kandidat das selbst nicht genau weiß.

Vergeblich hat man bisher auch darauf gewartet, dass Laschet ein Team vorstellt, mit dem klar wird, wohin die Reise gehen soll. Der Plan, erst mal stärkste Partei zu werden und dann in Koalitionsgesprächen ausloten, was geht, war schon risikant genug, als die Union noch besser in den Umfragen dastand. Jetzt wirkt dieses Lavieren geradezu fahrlässig.



In selbst gewählter Zurückhaltung

HEIKO SAKURAI

Zitat

„Ich will keine besonders junge oder besonders erfahrene Nationalmannschaft, ich will einfach die beste.“

Hansi Flick,

Fußballbundestrainer der Männer, im Interview mit der Süddeutschen Zeitung über die künftige Zusammenstellung der DFB-Nationalmannschaft

Auslese

Machtverlust des Westens

Die Niederlage des Westens in Afghanistan beschäftigt die Kommentatoren der Sonntagszeitungen. Die Schweizer *Sonntagszeitung* sieht vor allem den Präsidenten der USA, Joe Biden, unter Druck. „Viele Gründe sprechen jedoch dafür, dass sich Biden eine schwer heilbare politische Wunde zugefügt hat. Erstens hat er das Debakel in Kabul noch nicht hinter sich gebracht. (...) Zweitens muss Biden ein amerikanisches Grundversprechen einlösen und alle Landsleute aus Afghanistan evakuieren. Gelingt ihm das nicht, werden auch Wohnwollende von ihm abfallen. Dies gilt drittens noch viel mehr, sollte dereinst aus Afghanistan stammender Terror die USA zu Hause erreichen.“

Die Londoner Zeitung *The Observer* befürchtet nun einen Einflussverlust des Westens: „Es ist unklar, welchen Einfluss die USA und Europa in Zukunft haben werden – wenn sie überhaupt einen haben –, während China und Russland das Vakuum füllen. Noch weiß niemand mit Sicherheit, ob die Machtübernahme der Taliban zu neuen internationalen islamistischen Terrorgefahren führen wird.“

Die italienische Zeitung *Corriere della Sera* erwartet sogar, die durch die Katastrope in Afghanistan die Beziehungen zwischen den USA und Europa Schaden nehmen könnten und der Antiamerikanismus wieder auflebt: „Die internationale Führung der Vereinigten Staaten, die schon zuvor am Abstieg war, geht aus der Afghanistan-Affäre ziemlich übel zu Gericht hervor. Deshalb ist in den kommenden Monaten und Jahren in Europa mit einer starken Wiederaufnahme des Antiamerikanismus zu rechnen, der nie verschwunden war.“ (tom.)

Krankenhausstreik

Viele könnten gewinnen



CHRISTIAN SCHWAGER

Charité befinden sich im hundertprozentigen Besitz des Landes Berlin. Die Bundesländer wiederum sind für Investitionen in Krankenhäusern verantwortlich, haben sich aus dieser Verantwortung in der Vergangenheit jedoch immer stärker zurückgezogen. Die Infrastruktur hat gelitten, die Personaldecke an der Basis auch. Unter der alltäglichen Überforderung der Pflegekräfte leiden die Patienten.

Rund eine Viertelmillion sind es, die allein Vivantes pro Jahr stationär behandelt, insgesamt werden mehr als eine halbe Million Menschen von dem kommunalen Klinikum versorgt. Er ist der größte seiner Art in Deutschland, in etlichen Fachrichtungen berlinalweit am stärksten aufgestellt, hält aber das gesamte Spektrum an medizinischer Versorgung vor. Fällt die Stroke Unit in Spandau aus, fehlt ein wichtiger Baustein

in der Versorgungsarchitektur. Sich auf die lukrativen Bereiche zu konzentrieren, ist ein Privileg privater Träger. Sie bieten Leistungen an, die durch höhere Fallpauschalen attraktiver werden, die sogenannten DRGs, finanziert von den Beitragszahldern der Krankenkassen. Diese Konzeption führt auch dazu, dass Geld der Solidargemeinschaft in die Kassen gewinntorientierter Unternehmen und ihrer Anteilseigner fließt. Doch das ist nicht die einzige Merkwürdigkeit im System.

Die DRGs richten sich nach Kliniken mittlerer Größe mit einer Kapazität von etwa 400 Betten aus. Rettungsstellen und Bereitschaftsdienste rund um die Uhr müssen allerdings auch kleinere Krankenhäuser vorhalten, zumal dann, wenn sie ein größeres Gebiet allein abdecken. Viele dieser Häuser stehen vor der Wahl, die Kosten über spezialisierte Angebote zu refinanzieren – oder sich irgendwann in die Insolvenz zu verabschieden.

Der Konzentrationsprozess ist politisch gewollt, wenn auch nicht auf direktem politischem Weg forciert, sondern über einen stark regulierten wirtschaftlichen Wettbewerb. Das Ziel lautet: Die Hälfte der bisher rund 1400 Krankenhäuser soll bestehenbleiben, je weniger, desto besser. Große Zentren sollen die stationären Bereiche übernehmen, ambulante Einrichtungen die Versorgung in der Fläche. Abseits ökonomischer Effekte ist der Sinn dieses Radikalumbaus höchst umstritten, andere Modelle werden diskutiert. Ein Konsens lässt sich kaum ausmachen. Etliche starke Akteure auf dem lukrativen Markt verfolgen ihre eigenen Interessen.

Die vermeintlich schwächste Gruppe meldet sich nun zu Wort, ein Teil von ihr jedenfalls, in Berlin. Sie hat das stärkste Argument: Ohne sie, die Pflegekräfte, die helfenden Hände am Patientenbett, läuft in Kliniken nichts. Wer das nach den ersten Wellen der Pandemie schon wieder vergessen hat, den sollte dieser Streik daran erinnern.

Kolumnen

Kolay gelsin allerseits!

MIRAY CALISKAN

Ioren hat Übersetzt heißt das: Mögen deine Wunden bald verschließen. Wenn jemand niesst, folgt kein „Gesundheit“, sondern ein „lebe lang“ – „cok yasa“. Die Antwort darauf ist ein „sende gör“, also „ich hoffe, dass auch du lange leben wirst“. Wird ein Mensch krank, wünscht man ihm, dass die Erkrankung schon vorbei ist – „gecmis olsun“. Geht die Mama arbeiten, wünscht man ihr ein „kolay gelsin“, also eine Tätigkeit, die möglichst leicht ist.

Und dann gibt es noch „hayirlisi“, ein Begriff, der vor allem dann fällt, wenn sich neue Wege im Leben des anderen auftun. Zum Beispiel, wenn die Person ein Vorstellungsgespräch oder eine Wohnungsbewi-

tigung hatte. Mit „hayirlisi“ drückt man aus, dass die Zusage nur dann kommen soll, wenn sie etwas Gutes verheißen. Etwas, was die Person weiterbringen wird. Klappt es nicht, wäre der Weg vielleicht unheilvoll gewesen. Möglicherweise hätte man die Entscheidung, in den neuen Job einzusteigen, sogar am Ende bereut – Kismet, also das Schicksal, dass jedem Menschen zugewiesen wird – hat dafür gesorgt, dass es nicht dazu gekommen ist. Deshalb kann als Synonym für „hayirlisi“ auch „kismet“ oder in einem religiöseren Kontext auch „insallah“ gebraucht werden – was so viel heißt wie: wenn Gott will.

Ich kenne die türkische und deutsche Kultur gleichermaßen und bin auch nach 28 Jahren fasziniert davon, welche Sprache was leisten und vor allem wie viel sie bewirken kann. Die türkischen Sprichwörter sind für mich ein Zeichen von Dankbarkeit den Mitmenschen gegenüber, mit dem denkbar geringsten Aufwand. Ich bin bilingual aufgewachsen und manchmal fehlen mir diese kleinen Redewendungen, die ja vielmehr als Gesten bezeichnet werden müssen, im Deutschen. Manchmal bilde ich mir ein, dass türkischstämmige Menschen herzlicher sind als andere Deutsche, wenn ich die Sprache vergleiche.

Velleicht führe ich ein paar der Wendungen demnächst zumindest unter meinen Kolleginnen und Freunden ein und wünsche allen am Montag ein „kolay gelsin“.

Berliner Zeitung

PFLECHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Textchefin: Bettina Cosack (VSDP)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmood, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneebberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Rennfenz

Ressorts:

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Kultur: Katharina Brienne

Lernen & Arbeits:

Ego Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneebberger

Sport & Leidenschaft: Benedict Paetzoldt

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direkt Print: Ingo Fischer

Chefin Open Service: Dr. Petra Kohse

Leseruf: 030 63 33 11-457

E-Mail: leser-bl@berlinerzeitungverlag.com

Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH

Geschäftsleitung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:

Dr. Mirko Schiebelbein, Christoph Stiller

Postfach 11 05 06, 10935 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagentur GmbH, Geschäftsführung:

Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Macke

Postfach 11 05 06, 10935 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-80; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: anzeigen@berlinerzeitungverlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeige@berlinerzeitungverlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Geschäftsführung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Am Wasserturm 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berlinerzeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitungverlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktäglich Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstätig seit 1.1.2021.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berlinerzeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berlinerzeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Ausserung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.